

Berlin, 21. November 2022

## Pressemitteilung Nr.: 18/2022

### Standortsuche für ein Atommüll-Endlager

# „Die Verzögerung des Zeitplans hat gravierende Auswirkungen auf die ganze Endlagersuche“

**Die Nachricht schlug ein und war eine Überraschung für alle. Die Endlagersuche wird länger dauern als ursprünglich geplant – kein Endlagerstandort bis 2031. Was bedeutet das nun für das ganze Verfahren und auch für das NBG? Das war das große Thema auf der November-Sitzung des Gremiums.**

In seiner 68. Sitzung an der Technischen Universität München diskutierte das Nationale Begleitgremium (NBG) die zeitliche Verzögerung der Endlagersuche, die erst in der vergangenen Woche publik wurde. Trotz regelmäßiger Gespräche mit allen Institutionen war das Gremium in den Informationsfluss rund um die Verlängerung um mehrere Dekaden nicht eingebunden und erfuhr die Nachricht aus der Presse. Dementsprechend groß war die Entrüstung unter den Mitgliedern, steht das Gremium doch für Transparenz und die Schaffung von Vertrauen in das Verfahren.

NBG-Mitglied und bayerischer Ministerpräsident a.D. Günther Beckstein brachte die Kritik auf den Punkt:

*„Die Art und Weise, wie wir und die Öffentlichkeit von dieser Verzögerung erfahren haben, ist ein großes Problem. Wie kann es sein, dass wir in einem ständigen Austausch mit der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) und den anderen Akteuren stehen, aber solch eine wichtige Zeitverschiebung erst aus der Presse erfahren? Das ist ein Vertrauensbruch – das muss man ganz klar sagen und auch Tacheles reden.“*

Groß sind nun die Auswirkungen der Verzögerung auf das Verfahren – von der Konzeption der Öffentlichkeitsbeteiligung über finanzielle Aspekte bis zum Problem mit den Zwischenlagern. Gemeinden mit Zwischenlagern fragen sich, wie lange die Castoren wohl nun bei ihnen gelagert werden. Junge Menschen stellen sich die Frage, ob die finanziellen Mittel ausreichen werden, um diesen verlängerten Suchprozess und die Endlagerung zu finanzieren? Wie steht es um die Generationengerechtigkeit? Woher werden die Fachkräfte rund um die Endlagersuche in den kommenden Jahrzehnten kommen?

Mit der jetzt eröffneten Diskussion über die enorme zeitliche Verzögerung der Endlagerung muss viel dafür getan werden, um Vertrauen in das Verfahren zu erhalten und zerschlagenes wiederaufzubauen.

Miranda Schreurs, die Ko-Vorsitzende des NBG betonte:

*„Diese Zeitplanänderung war ein Paukenschlag und wirft auch Fragen auf über die zukünftige Rolle des Nationalen Begleitgremiums und bestärkt die Notwendigkeit der beiden Prinzipien des Standortauswahlgesetzes: Partizipation und Transparenz.“*

Zu seiner kommenden Sitzung am 9. Dezember 2022 in Berlin wird das Gremium das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) sowie die

Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) einladen, um den veränderten Zeitplan und die Auswirkungen auf das Verfahren zu erörtern.

## Pressekontakt

Geschäftsstelle Nationales Begleitgremium  
Buchholzweg 8  
13627 Berlin

Tel.: 030 8903 5655

[presse@nationales-begleitgremium.de](mailto:presse@nationales-begleitgremium.de)

## Über das NBG

Das Nationale Begleitgremium ist ein unabhängiges, pluralistisch zusammengesetztes gesellschaftliches Gremium. Wissenschaftler\*innen, Politiker\*innen, Studierende, interessierte Bürger\*innen – die Bandbreite der Mitglieder spiegelt die Vielfalt der Gesellschaft wider. Ziel ist es, die Endlagersuche für hoch radioaktive Abfälle vermittelnd zu begleiten – unabhängig, transparent und bürgernah.

Dem Gremium gehören nach dem Standortauswahlgesetz (StandAG) 18 Mitglieder an: Zwölf anerkannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die vom Bundestag und Bundesrat gewählt werden und sechs Bürgervertreter\*innen, die von der Bundesumweltministerin ernannt werden. Eine Amtszeit beträgt drei Jahre, zwei Wiederwahlen sind möglich.

### Zu den anerkannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gehören

- **Prof. Dr. Miranda Schreurs**, Ko-Vorsitzende, Professorin für Umwelt und Klimapolitik, Hochschule für Politik an der TU München, ehemaliges Mitglied im Sachverständigenrat für Umweltfragen
- **Prof. Dr. Armin Grunwald**, Ko-Vorsitzender, Leiter des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag, ehemaliges Mitglied der Endlagerkommission
- **Dr. Günther Beckstein**, Ministerpräsident a.D. Freistaat Bayern
- **Klaus Brunsmeier**, ehemaliger stellv. Bundesvorsitzender Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), ehemaliges Mitglied der Endlagerkommission
- **Dr. Dr. h.c. Markus Dröge**, ehemaliger Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg – schlesische Oberlausitz, Vorstandssprecher der Stiftung Zukunft Berlin
- **Prof. Dr. Rainer Griebhammer**, Chemiker, Honorarprofessor an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
- **Jo Leinen**, ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments
- **Dr. habil. Monika C. M. Müller**, Studienleiterin für Naturwissenschaften, Ökologie und Umweltpolitik der Evangelischen Akademie Loccum
- **Prof. Dr. Werner Rühm**, Leiter der Arbeitsgruppe „Medizin- und Umweltdosimetrie“ im Institut für Strahlenmedizin am Helmholtz Zentrum München
- **Prof. Dr. Dr. h.c. Roland Sauerbrey**, Physiker, ehemaliger Wissenschaftlicher Direktor des Helmholtz-Zentrums Dresden-Rossendorf
- **Prof. Dr. Maria-Theresia Schafmeister**, Geologin, Lehrstuhl für Angewandte Geologie/Hydrogeologie an der Universität Greifswald
- **Prof. Dr. Magdalena Scheck-Wenderoth**, Geologin, Direktorin des Departments 4 Geosysteme am Helmholtz-Zentrum Potsdam – Deutsches GeoForschungsZentrum

### Als Bürgervertreter\*innen benannt sind

- **Marion Durst**, Diplompädagogin für Physik, Astronomie und Mathematik, Jena/Thüringen
- **Tobias Flieger**, Marktforscher mit Schwerpunkt User Experience, Wiesbaden/Hessen
- **Annette Lindackers**, Ingenieurin und freie Journalistin, Radebeul/Sachsen
- **Arno Sittig**, Student der Politikwissenschaft, Chemnitz/Sachsen
- **Jorina Suckow**, Rechtsreferendarin, Hamburg
- **Dr. Manfred Suddendorf**, Selbstständiger Unternehmensberater und Dozent, Landkreis Nordwestmecklenburg